

Zweck erreicht, als der Majoritätsbeschluss in der deutschen Bundesversammlung durchgesetzt wurde. Wenn wir, meine Herren, in dem Antrage den Gefühlen über diesen Beschluss einen Ausdruck gegeben haben, der der allgemeinen Stimmung und Volksansicht gegenüber nur ein schwacher ist, so freuten wir uns zu gleicher Zeit auch, ein kräftiges Wort der Anerkennung über das Verhalten unserer sächsischen Regierung hinzufügen zu können. Das Verhalten unserer Regierung, so wie die deutlich ausgesprochene Ansicht anderer deutscher Regierungen hat uns auch bestimmt, jetzt Das zu beantragen, was wir für unbedingt nöthig halten und was jetzt möglich ist. Jetzt, meine Herren, ist es an der Zeit für die deutschen Mittelstaaten, zu zeigen, ob sie lebensfähig und ob sie lebenskräftig sind. Versäumen sie diese Zeit, so werden sie von jetzt an nur noch die Vasallen von Preußen und Oesterreich sein oder vielleicht sogar über kurz oder lang als Beute zur schmachvollen Theilung diesen beiden Staaten anheimfallen. Jetzt ist es an der Zeit, daß die deutschen Mittelstaaten zeigen, daß sie nicht mehr am Gängelbände von Preußen und Oesterreich gehen wollen, einem Gängelbände, welches man zur Kette gemacht hat. Mögen sie die Kette zerreißen und mögen sie das Band vernichten! Und warum sollten auch nicht jetzt diese acht deutschen Staaten vorwärts gehen können, jetzt, wo das ganze deutsche Volk mit ihnen und für sie ist? Sie müssen vorwärts gehen trotz den Regierungen von Oesterreich und Preußen. Denn, meine Herren, es sind nur die Regierungen und es ist nicht das preussische und österreichische Volk, was gegenwärtig gegen uns ist. Leicht wird es ganz gewiß sein, ein schlechtes Ministerium zu beseitigen, als es diesem Ministerium möglich sein wird, ein ganzes Volk zu verderben. Wenn die deutschen Mittel- und Kleinstaaten den Weg einschlagen, der jetzt zur unbedingten Nothwendigkeit wird, so haben wir gewiß auch nicht zu befürchten, daß man von österreichischer oder preussischer Seite uns entgegentritt; denn welche Regierung dürfte es wohl wagen, gegen die offen ausgesprochene Ansicht ihres Volkes auf eine solche Weise gegen deutsche Mächte vorzugehen? Die Deutschen in Preußen und Oesterreich sind hier mit uns, wenn auch jetzt ihre Regierungen gegen uns sind, und kommt die Stunde der Entscheidung, dann, meine Herren, bin ich überzeugt, werden unsere deutschen Brüder in Preußen und Oesterreich die Schmach zu tilgen wissen, welche eine Partei, die jetzt aller Gefühle für deutsches Recht und deutsche Ehre baar ist, auf Oesterreich und Preußen und auf Deutschland häuft. Eine stärkere Verurtheilung dieser Partei kann wohl nicht gefunden werden, als in dem Argwohne, der sich überall jetzt kund giebt, daß man Oesterreich und Preußen nicht einmal betrauen möchte mit der Befreiung Schleswig-Holstein's; ja, man geht so weit, daß man befürchtet, diese Regierungen könnten die preu-

ßischen und österreichischen Truppen verwenden, um Schleswig-Holstein zu pacificiren, das heißt: es wieder, wie früher geschehen, mit gebundenen Händen den Dänen zu überantworten. Zuzutrauen ist Alles dieser Partei, die alles Recht mit Füßen tritt, sowohl Volksrechte, als Fürstenrechte. Kein deutsches Volk und kein deutscher Fürst ist mehr sicher in seinem Besitze, wenn wir in dieser Sache, in der schleswig-holstein'schen Sache, Recht und Ehre nicht wahren. Recht und Pflicht darum auch, meine Herren, ist es für jede deutsche Volksvertretung, in dieser Sache zu reden und zu wirken, bis das Rechte geschieht, ja es ist das Recht und die Pflicht eines jeden acht deutschen Mannes. Es sind in der letzten Zeit, nicht hier bei uns in Sachsen, Aeußerungen geschehen, die dahin hinauslaufen, um Corporationen und Versammlungen zu ermahnen, diese Frage, welche eine Frage der hohen Politik sei, nicht in den Bereich ihrer Berathung zu ziehen. Diese Frage ist eine Frage des Rechts und der Ehre und auch der Existenz; denn eine rechtlose und ehrlose Nation muß zu Grunde gehen. Doch der Argwohn, daß eine Zeit kommen könnte, wo das Volk sich genöthigt sehen würde, sich zwischen seine Fürsten und das unser Recht bedrohende Ausland zu stellen, dieser Argwohn ist in wenig deutschen Staaten begründet und am allerwenigsten, das dürfen wir sagen, in unserem Lande. Wir haben noch die Hoffnung, daß in vielen deutschen Staaten die Fürsten vor dem Volke stehen werden, wenn es gilt, deutsches Recht und deutsche Ehre zu wahren. Doch wenn man Vertrauen verlangt von Oben, so gewähre man auch dieses Vertrauen nach Unten hin; man gewähre es dem Volke, welches dasselbe Recht und denselben Anspruch darauf hat, wie die Fürsten und Regierungen. Man hat gesucht, die schleswig-holstein'sche Bewegung dadurch zu verdächtigen, daß man sagt, sie habe 1848 einen rein revolutionären Charakter getragen, ja die preussischen Junker sagen, den einer Rebellion. Meine Herren, die unparteiische Geschichte wird antworten; die Fahne der Rebellion wurde zuerst aufgepflanzt von Friedrich VII. von Dänemark, als er als König von Dänemark einen Act des Unrechts beging gegen seinen Nachfolger als Herzog von Schleswig und Holstein und einen Act des Hochverraths gegen die Schleswig-Holsteiner, deren Recht er als Herzog zu schützen verpflichtet war. Wenn je eine Erhebung eine gerechtfertigte war, so war und ist es die schleswig-holsteinische. Im Jahre 1848 war diese Erhebung gerichtet gegen einen eidbrüchigen Fürsten und gegen ein fremdes Volk, welches deutsches Land unterjochen wollte. Jetzt ist diese Erhebung gerichtet gegen einen Usurpator, gegen eine langjährige Unterdrückung und Unterjochung und gegen eine jedem Rechte und der öffentlichen Moral hohnsprechende Annäherung des Auslands. Meine Herren, was Schleswig-Holstein fordert, was Deutschland fordert, das ist Etwas, was zur Existenz einer Nation so nothwendig ist,